

- 2 -

Behutsamkeit prägte auch den ersten politischen Schritt des Königs mit der Wahl des neuen CORTES- und Kronrats-Präsidenten, Fernández-Miranda, einem gemässigten konservativen Mann des Regimes, dem indessen Unabhängigkeit zugeschrieben wird und mit der erwähnten Doppelfunktion eine Schlüsselposition in der politischen Gestaltung des Landes einnimmt.

In gleicher Richtung wies das noch während der Krankheit Francos am 31. Oktober 1975 verfügte Dekret über das allgemeine Stimm- und Wahlrecht in Gemeinden und Provinzen. Diese Wahlen sollen nun - zum ersten Mal seit Beginn des Bürgerkrieges 1936 - im kommenden Januar durchgeführt werden. Es wird sich dann zeigen, ob infolge Abwesenheit politischer Parteien, die kommunistische Untergrundpartei mit ihrer straffen Organisation einen grösseren Stimmenanteil erzielen wird.

Die nächste wichtige Etappe bedeutete die Bestätigung bzw. Ernennung einer neuen Regierung, die als Gradmesser für eine allfällige evolutionäre Regierungspolitik dienen konnte. Die spanische Presse gab dieser Tage der Erwartung Ausdruck, dass eine neue Regierung eine Politik der Oeffnung ("apertura") einleiten werde, wobei Ministerpräsident Arias Navarro, der am 12. Februar 1974 mit seinem bisher allerdings nicht erfüllten Programm der Bildung politischer Gruppierungen ("Asociaciones") Aufsehen erregte, wieder mit der Ministerpräsidentschaft betraut werden konnte. Die Presse ging soweit, von der Einsetzung einer Regierung der nationalen Einheit zu sprechen.

Bisher haben sich die illegalen Oppositionsgruppierungen, die "Junta Democrática", welche die kommunistische und splittersozialistischen Parteien umfasst, noch die "Plataforma Democrática", welche die traditionelle spanische sozialistische Arbeiterpartei (PSOE), die Karlisten und einige sozialistische Regionalparteien

./.

- 3 -

vereinigt, zum politischen Geschehen in der Oeffentlichkeit nicht klar profiliert. Dasselbe gilt von den Christlich-Demokraten.

Dagegen hat der Falangistenführer Giron, Präsident der 50'000 Mann starken nationalen Bürgerkriegsveteranen sich in einer Rede gegen alle strukturellen Aenderungen im gegenwärtigen Machtapparat und jegliche politische Einflussnahme der Kommunisten in Spanien gewandt.

Die Wahl des Ministerpräsidenten musste das Kräftespiel zwischen den reformistischen Politikern und ihrem Anhang sowie den Block des "Movimiento" aufzeigen. Es war, angesichts der Stärke der Rechten, kaum wahrscheinlich, dass ein ausgesprochener Reformler so etwa Manuel Fraga Iribarne, oder der Graf von Motrico, als Ministerpräsidenten mit einer entsprechenden Ministerequipe zum Zuge kommen würden.

Relativ rasch hat sich der König am 4. Dezember für die Beibehaltung des bisherigen, sein Amt während 2 Jahren ausübenden Arias Navarro als Ministerpräsident entschieden. Sämtliche bisherigen Minister haben daraufhin dem Ministerpräsidenten ihre Demission unterbreitet und ihm damit freie Hand für die Bildung einer neuen Regierung gelassen. Arias Navarro kann als Anhänger der konservativen Mitte bezeichnet werden, oder anders ausgedrückt, als "der am links Stehendste, für die Rechte annehmbaren Mann". Man erinnert sich daran, dass Navarro zu Francos Zeit viel schneller Reformen durchgeführt hätte, wäre er darin nicht durch den Generalissimo und seine Umgebung gebremst worden. Der Rechten fiel es jedenfalls leichter, einen gemässigten Konservativen, der einer Oeffnung durch beschränkte Reformen günstig gesinnt ist, an der Spitze der Regierung zu sehen. Er wird nun mit Unterstützung des Königs sein Assoziationsprogramm auch ausserhalb des "Movimiento" durchzusetzen versuchen. Unter der Monarchie wird er in seiner Regierungstätigkeit einen grösseren Spielraum haben, als unter dem Regime Francos.

./.

- 4 -

Als Störfaktor in dieser Uebergangszeit erwiesen sich die Kommunisten, die - kaum dass einige ihrer Führer aus dem Gefängnis entlassen wurden - über das Wochenende Demonstrationsumzüge durchführten, die zu Krawallen mit der Polizei und zur Wiederverhaftung Camachos führten.

Das Interesse konzentriert sich nun auf die Wahl der Minister Navarros und namentlich darauf, ob Liberale Eingang in das Kabinett finden werden.

Es ist indessen bemerkenswert, dass die Anhänger des "Movimiento" die ersten Schritte für eine Auflockerung des Immobilismus nicht allein den Kräften der Opposition überlassen wollten, sondern ihnen durch die Dekrete über die Assoziationen, das allgemeine Stimm- und Wahlrecht in Gemeinden und Provinzen und die Anerkennung der Regionalsprachen als Landessprachen zugekommen sind.

Der Schweizerische Botschafter


(S. Campiche)